Humanistische Union

MITTEILUNGEN

Nr. 62 | 30. Mai 1973 | B 20885 F

Fritz-Bauer-Preis 1973

In diesem Jahr hat der Vorstand der Humanistischen Union den Fritz-Bauer-Preis an Rechtsanwalt Heinrich Hannover verliehen. Der Preis soll dem Preisträger am 70. Geburtstag von Fritz Bauer, am 16. Juli 1973 in Frankfurt am Main übergeben werden.

Heinrich Hannover ist nach Helga Einsele, Bundespräsident Gustav Heinemann, Birgitta Wolf und Emmy Diemer-Nicolaus der 5. Preisträger, der auf diese Weise von der Humanistischen Union für sein Eintreten für die Erhaltung von Rechtsstaatlichkeit und für die Durchsetzung des Verfassungsgebots, die Würde des Menschen auch im Strafvollzug zu beachten, ausgezeichnet wird.

Die Mitglieder der Humanistischen Union kennen Heinrich Hannover durch seine Veröffentlichungen in den „Vorgängen". Durch sein Eintreten für eine rechtsstaatlich abgesicherte Notstandsverfassung, für die Reform des politischen Strafrechts und die Gewährleistung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit ist Heinrich Hannover weithin bekannt geworden. Zu seiner Erstveröffentlichung „Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" (Dortmund 1962) schrieb Gustav Heinemann die Einleitungsworte. Zusammen mit Elisabeth Hannover-Brück hat Heinrich Hannover die wichtigen Dokumentationen „Politische Justiz 1918–1933" (Frankfurt 1966) und „Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht" (Frankfurt 1967) veröffentlicht.

Heinrich Hannover hat sich insbesondere als Verteidiger in politischen Strafsachen einen Namen gemacht, besonders, weil er für Angehörige von in der Öffentlichkeit unbeliebten Minderheitsgruppen – Kriegsdienstverweigerer, Zeugen Jehovas – eingetreten ist. Mit der Preisverleihung will die Humanistische Union für die unverzichtbare Institution des Verteidigers in politischen Strafsachen eintreten. Selbst diejenigen nämlich, die das Grundgesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Gesetze nicht anerkennen, haben nach eben diesem Grundgesetz Anspruch auf Rechtsschutz. Auf die rechtsstaatliche Funktion, die Heinrich Hannover und andere trotz vieler Mißverständnisse und Anfeindungen erfüllen, will die Humanistische Union durch die Würdigung Heinrich Hannovers besonders hinweisen.

Die Mitglieder des Beirates der Humanistischen Union, Prof. Dr. Rudolf Wiethölter und voraussichtlich OLG. Präs. a. D. Dr. R. Schmid werden am 16. 7. 1973 die Laudatio übernehmen. Der Text ihrer Reden wird in den nächsten „Mitteilungen" abgedruckt.

Neue Ortsverbands- und Arbeitskreisliste

In der Bundesgeschäftsstelle liegt jetzt das neue Verzeichnis der bestehenden Ortsverbände und der aktiven Arbeitskreise der Humanistischen Union vor.

Interessierten Mitgliedern werden diese Listen auf Wunsch gern zugeschickt.

Auseinandersetzung um die Reform des § 218 in der Endphase

Neue Initiativen der Humanistischen Union – Begrüßenswerte Ortsverbandsaktivitäten

Die Bemühungen um die Reform des § 218 StGB sind bekanntlich in ihr entscheidendes Endstadium getreten. Wenn diese „Mitteilungen" erscheinen, hat bereits die erste Lesung der vier vorliegenden Gesetzentwürfe (Fristenlösung, erweiterte Indikationslösung, engere Indikationslösung und Freigabe lediglich der medizinischen Indikation) stattgefunden. Den in der Diskussion der vergangenen Jahre vorgetragenen Argumenten ist heute kaum noch ein neues hinzuzufügen. Die Erfindung neuer demagogischer Agitationsparolen bleibt konservativ-klerikalistischen Kräften vorbehalten. Die Humanistische Union, die bereits 1969 als erste eine konsequente Fristenlösung gefordert hat, hat in diesem Stadium einen unregelmäßig erscheinenden „Informationsdienst § 218" eingerichtet, der ihren bekannten Standpunkt und seine Begründungen noch einmal der Öffentlichkeit mit Nachdruck vermitteln soll.

In diesem Informationsdienst wurde inzwischen auch ein Schreiben des Bundesvorstands der Humanistischen Union an die Bundestagsabgeordneten der SPD und FDP veröffentlicht.

Die Humanistische Union weist darin die Abgeordneten unter anderem darauf hin, daß die Parteitage beider Regierungsparteien sich vor der Bundestagswahl für die Fristenlösung ausgesprochen haben. Die Wahlentscheidung vom 19. November ist von den Wählern auch unter diesem Gesichtspunkt getroffen worden. Diesen klaren Wählerwillen jetzt zu negieren, hieße, die Gefahr der Unglaubwürdigkeit des parlamentarisch-demokratischen Systems heraufzubeschwören.

Die Humanistische Union stellt weiterhin fest, daß die Fristenlösung

1. am ehesten die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche insgesamt senken würde;
2. daß sie die optimale Vermittlung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Schutz embryonalen Lebens darstellt;
3. daß sie für bestimmte Sonderfälle durch Indikationsmöglichkeiten auch nach Ablauf der 3-Monats-Frist ergänzt werden muß;
4. daß sie nur praktikabel ist, wenn der Termin der Frist gesetzlich exakt umschrieben ist und
5. daß Sonder-Regelungen zum Schutz für Minderjährige in dieser Frage geschaffen werden müssen.

In einer kritischen Auseinandersetzung mit einer ZDF-Sendung zum Thema, die in der Art ihrer Argumentation leider symptomatisch für die gegenwärtige Diskussion war, wurde entschieden die sogenannte „einheitliche Qualität des Lebens von der Zeugung bis zum Tode" bestritten. Dagegen stellte die Humanistische Union fest:

„1. Daß mit der Zeugung **biologisches** Leben entsteht, ist eine unbezweifelbare naturwissenschaftliche Tatsache.
2. Daß mit dem Zeugungsakt oder der Nidation auch personales, menschliches Leben entsteht, ist reine Glaubenssache.
3. Mit dem gleichen Wahrheitsanspruch

Fortsetzung letzte Seite

An die katholischen und evangelischen Mitglieder der HU

Wie bekannt, vertritt die Humanistische Union in der Frage der Reform des § 218 die Fristenlösung. Dieser Standpunkt ist auf dem Wege demokratischer Willensbildung zustandegekommen, und unser Verband kann ihn demzufolge mit demokratischer Legitimation vertreten. Demgegenüber hat in den Kirchen niemals eine Abstimmung darüber stattgefunden, welchen Standpunkt die Kirchen in dieser Frage einnehmen sollen. Bekanntlich vertreten die Kirchenführer aber im Namen aller Mitglieder der Kirchen eine entschiedene Ablehnung nicht nur der Fristenlösung, sondern auch der erweiterten Indikationslösung.

Die Humanistische Union erwägt, durch eine entsprechende Erklärung ihrer katholischen und evangelischen Mitglieder diesen Tatbestand der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Sollten Sie bereit sein, uns bei dieser Bemühung zu unterstützen, so senden Sie bitte untenstehenden Revers ausgefüllt an uns zurück. Besten Dank!

Ich bin Mitglied der evangelischen / katholischen*) Kirche und trete für eine Fristenlösung des § 218 StGB ein. Ich erkläre, daß meine Kirchenführer in dieser Frage nicht legitimiert sind, für mich zu sprechen.

Name: .....

Vorname: .....

Adresse: .....

Unterschrift: .....

*) nicht Zutreffendes streichen

Charlotte Maack 60 Jahre

Dr. Charlotte Maack, langjähriges aktives HU-Mitglied, Ortsverbandsvorsitzende in Stuttgart und Mitglied des Bundesvorstands feierte im April ihren 60. Geburtstag. In einem Schreiben des Bundestagsabgeordneten Peter Conradi an sie aus diesem Anlaß heißt es u. a.: „... Du hast in der Humanistischen Union jahrelang hart dafür gearbeitet, daß diese Gesellschaft humaner, sozialer und gerechter wird. Manchmal hast Du – das geht uns allen so – gemeint, es sei hoffnungslos. Die Widerstände sind so groß, die Zahl der Aktiven ist so klein, die Entwicklung geht so langsam voran, daß wir manchmal verzweifeln möchten ... Dennoch, wenn wir das öffentliche Bewußtsein heute vergleichen mit dem, was vor 10 Jahren in diesem Lande gedacht, gesagt und getan wurde, wissen wir, daß wir ein gutes Stück vorangekommen sind. Du hast viel dazu beigetragen, dafür danke ich Dir. Wir werden uns nicht unterkriegen lassen, und auch mit dem § 218 wird es jetzt endlich vorangehen! Liebe Charlotte, sei herzlich umarmt und mach' weiter so."
Die Humanistische Union schließt sich dieser Würdigung und diesen Wünschen von Herzen an.

Geschäftsführerwechsel bei der Humanistischen Union

Auf seiner letzten Sitzung hat der Bundesvorstand Peter Bernhardi zum neuen Geschäftsführer der Humanistischen Union bestellt. Peter Bernhardi, bisher Vorsitzender des Ortsverbandes Frankfurt, übernimmt die Leitung der Geschäftsstelle in München am 15. Juni 1973. Leo Derrik, Geschäftsführer seit 1968, geht als Leiter der Abteilung für Politische Bildung an die Volkshochschule nach Kiel.

Teuere Umzüge

Etwa 20% der Mitglieder der Humanistischen Union zieht einmal im Jahr um. Das deutet zwar auf eine überdurchschnittliche Mobilität unserer Mitglieder hin, kostet aber die Humanistische Union, da ihr die wenigsten dieser Umzüge von den Betreffenden mitgeteilt werden, unverhältnismäßig viel.

Jedes „unbekannt verzogene" Mitglied muß unter überflüssiger Aufwendung an Arbeitszeit und Kosten mühsam neu gesucht werden. Sollten Sie daher gerade umgezogen sein oder kurz vor einem Umzug stehen, benutzen Sie bitte untenstehenden Revers, um uns umgehend Ihre neue Anschrift mitzuteilen. Besten Dank!

Ich bin zum ..... umgezogen.

Name .....

neue Anschrift: Ort .....

Straße .....

alte Anschrift: Ort .....

Straße .....

Gesunde Umwelt ist vorrangiges Bürgerrecht

Auf Beschluß der letzten Delegiertenkonferenz appellierte der Vorstand der Humanistischen Union in einem Offenen Brief an die Bundesregierung ihre Bemühungen um einen wirkungsvollen Umweltschutz zu intensivieren. In diesem Schreiben zählte die Humanistische Union u. a. auf, welche Maßnahmen sie baldmöglichst für unerläßlich hält:

1. Initiativen der Bundesregierung zur Einstellung von Kernwaffenversuchen jeglicher Art und zur Einstellung der Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen. Verbot der Lagerung solcher Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik und Verbot ihrer Ablagerung in den Weltmeeren mit Hilfe von Transportunternehmen, die ihren Sitz in der Bundesrepublik haben.
2. Errichtung eines Max-Plank-Instituts für Ökologie (Umweltforschung) und Bereitstellung von Bundesmitteln zur Errichtung von Lehrstühlen für Umweltschutz.
3. Kinderspielplätze müssen in allen Baugesetzen, -verordnungen und -planungen gegenüber Garagen, PKW-Abstellplätzen und Zierflächen gesetzlich Vorrang erhalten.
4. Die private Nutzung der Natur muß eingeschränkt werden durch:
   a) Nutzbarmachung der Seeufer und der Wälder für die Allgemeinheit.
   b) Zügige Novellierung des Naturschutzrechts mit dem Ziel, die weitere Umwidmung von Ackerland und Wald in Bauparzellen auf ein Minimum zu reduzieren.
   c) Gesetzliche Festlegung von Höchstwerten der Belastung von Luft und Wasser.
   d) Verbot der Werbung für schadstoffhaltige Waschmittel.
   e) Verbot aller schadstoffreich verbrennenden oder nicht zersetzbaren Verpackungsmaterialien.
5. Verabschiedung eines Bundesaufforstungsprogramms.
6. Rationellere Nutzung von Energie.
7. Steuerliche Begünstigung aller Aufwendungen von Hausbesitzern und Mietern für die Zentralisierung von Energie- bzw. Wärmeversorgung sowie für Lärmschutzvorrichtungen.
8. Förderung des Ausbaus von öffentlichen Verkehrsmitteln, Gleichstellung von Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel sowie von Fußgängern und Fahrradbenutzern mit PKW- und Motorradpendlern durch Gewährung der sogenannten Kilometerpauschale.
9. Stärkere finanzielle Unterstützung von Verbrauchervertretungen. Pflicht zur Veröffentlichung der Testergebnisse in Presse, Funk und Fernsehen.
10. Eine gesetzliche Verpflichtung aller zuständigen Behörden und Institutionen zur Veröffentlichung von ihnen bekannt werdenden Daten zur Umweltverschmutzung und Unmweltschädigung. Die Öffentlichkeit sollte ein vollkommenes und unverfälschtes Bild über den Stand der Umweltprobleme erhalten. Jedem, der ein berechtigtes Interesse nachweist, sollte die angemessen geregelte Möglichkeit gegeben sein, in die betreffenden Aktenvorgänge jeweils zuständiger Behörden Einblick nehmen zu dürfen. Insbesondere den Abgeordneten des Bundestages und der Landtage sollten die zuständigen Behörden ausnahmslos auskunftspflichtig sein.

Bildungswerk der Humanistischen Union

Von Mitgliedern der Humanistischen Union in Nordrhein-Westfalen wurde jetzt ein „Bildungswerk der Humanistischen Union e. V." gegründet. Die Gründung dieses rechtlich zwar selbständigen, aber mit der HU eng verbundenen Vereins ist zur Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Essen angemeldet. Das Bildungswerk „hat die Aufgabe, Erwachsenen und Heranwachsenden Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die erforderlich sind, um sich unter den gegenwärtigen und für die Zukunft zu erwartenden Lebensbedingungen in allen Bereichen eines freiheitlich-sozialen Rechtsstaates zurechtzufinden und an seiner weiteren humanistischen Ausgestaltung mithelfen zu können. Dazu bietet das Bildungswerk Hilfen für das Lernen, für Orientierung und Urteilsbildung und für die Eigentätigkeit." (Satzung).
Das Bildungswerk wird sich bemühen, die gesamte Veranstaltungs- und Bildungsarbeit der nordrhein-westfälischen Ortsverbände zu koordinieren und zu intensivieren. Über praktische Fragen zur Arbeit des Bildungswerkes gibt der Vorsitzende desselben und gleichzeitige Landessprecher der HU, Herr Helge Klawitter, 43 Essen 1, Klingemannstraße 16, Telefon 02141/27 80 06 jederzeit gerne Auskunft.

Bußgelder

Die Humanistische Union in **Nordrhein-Westfalen** ist jetzt bei den Gerichten in die Liste der Organisationen eingetragen, zu deren Gunsten Bußgelder verhängt werden können. Dieses Verfahren ist unbedingt auch anderen Orts- und Landesverbänden zu empfehlen.

Sollten Mitglieder der HU – was wir ihnen natürlich nicht wünschen! – in die mißliche Lage kommen, von einem Gericht zur Zahlung einer Geldbuße verurteilt zu werden, so denken Sie bitte daran, daß der Richter die Geldbuße zugunsten der HU verhängen kann. In der Regel entsprechen die Richter derartigen Wünschen der zu einer Geldbuße Verurteilten.

Dichter - gibt's die noch?

DER AUTORENREPORT bringt die Ergebnisse der vieldiskutierten „AUTOREN-ENQUETE" über berufliche und soziale Lage sowie Zukunftsaussichten von Schriftstellern, Freien Journalisten, Funk- und Fernsehautoren usw.

K. Fohrbeck / A. J. Wiesand

Der Autorenreport

Vorwort Rudolf Augstein
Rowohlt-Verlag 1972, DM 12.–

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Humanistische Union Hessen fordert Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten

Für die Direktwahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten in Hessen sprach sich die Landeskonferenz der Humanistischen Union in Frankfurt aus. Durch eine solche Direktwahl werde eine bessere Gewaltenteilung zwischen Parlamenten und Exekutive ermöglicht und der Einfluß der Wähler auf die Besetzung hoher politischer Ämter erheblich erweitert.

Weiterhin will sich die Humanistische Union Hessen für benachteiligte Minderheiten wie Kinder, Ausländer und Strafgefangene einsetzen. Die Landeskonferenz der HU Hessen bekräftigte ihre Forderung nach einer klaren Trennung von Staat und Kirche, insbesondere im Bildungswesen, sowie nach Beendigung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer. Die Einwände des Zentralkommitees der Deutschen Katholiken gegen eine Fristenlösung bei der Reform des Paragraphen 218 wurden von den Delegierten der Humanistischen Union Hessen als frauenfeindlich zurückgewiesen.

Zur Landessprecherin der Humanistischen Union wurde erneut die Soziologin Beate von Devivere gewählt, zu ihrem Stellvertreter der Journalist Volker Hummel.

Ausländische Arbeitnehmer: Außenseiter oder Mitbürger?

Unter diesem Thema startete die Humanistische Union in Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe anderer Organisationen (darunter sowohl die Arbeiterwohlfahrt wie der Caritas-Verband, das Diakonische Werk in Hessen und dem DGB-Kreis Frankfurt) am 12. Mai eine Straßenaktion mit Flugblattverteilung. Die Initiatoren der Aktion forderten:

1. Recht der Ausländer auf gesicherten Aufenthalt in der Bundesrepublik (im Gegensatz zum derzeitigen Ausländerrecht, das im Grunde nur ein Polizeiordnungsrecht ist, das die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in das Ermessen der Ausländerbehörden stellt).
2. Recht auf Chancengleichheit in der schulischen und beruflichen Bildung. Zur Begründung wurde unter anderem angeführt, daß von den 250.000 schulpflichtigen ausländischen Kindern im Jahre 1969 nur 99.000 eine Schule besuchten und auch der Rest auf Grund des ungenügenden Unterrichts in der deutschen Sprache zum großen Teil ohne Hauptschulabschluß blieb.
3. Rasche Verbesserung der miserablen Wohnsituation der Ausländer, konsequente strafrechtliche Verfolgung des Mietwuchers und Vermeidung von Gettobildung.
4. Recht auf politische Betätigung, insbesondere aktives und passives Kommunalrecht für in Deutschland ansässige Ausländer.

Am 10. April wurde eine notwendig gewordene Nachwahl für den Vorstand des Ortsverbandes Frankfurt durchgeführt. Neugewählt in den Ortsvorstand wurden Frau Marianne Schachtel (Finanzreferent), Herr Martin Kähler (Beisitzer) und als Ersatzbeisitzer Herr Walter Schachtel und Frau Nora Walcher.

Nach Jahren bitterernster Kleinarbeit erscheint es dem Ortsvorstand Frankfurt legitim, auch einmal ein heiteres Zusammentreffen zu planen. Gedacht ist an einen sommerlichen Umtrunk mit Tanzmusik in der Stadthalle Eschborn am Freitag, dem 29. Juni 1973 ab 20 Uhr. Herzlich willkommen sind nicht nur alle Mitglieder der HU in Frankfurt, sondern auch die Mitglieder aus der Umgebung und Gäste.

Aktion gegen den Muttertag

Der Arbeitskreis Frauenemanzipation der Humanistischen Union Berlin hat in Zusammenarbeit mit der Fraueninitiative Berlin und unter Mitwirkung der Volkshochschule Neu-Kölln eine Aktion gegen den Muttertag durchgeführt. Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums dieser Einrichtung wiesen die Veranstalter darauf hin, daß sie offensichtlich nur kommerziellen und ideologischen Zwecken dient. Der Muttertag ist Teil einer Mutterschaftsideologie, die den Zweck hat, die Frau an ihre „Naturrolle" an Heim und Herd zu ketten. Angesichts der unerfüllten emanzipatorischen Forderungen betreffend die Rolle der Frau in der Gesellschaft erscheint der Muttertag in seiner herkömmlichen Form als die ewige Wiederholung einer sentimentalen Schnulze, in der die Mutter einmal im Jahr die Hauptrolle spielen darf. In einem anläßlich der Aktion verteilten und graphisch auffällig aufgemachten Flugblatt mit der Schlagzeile „Danke für die Blumen, Rechte wären uns lieber!" wurde u. a. gefordert: bezahltes Baby-Jahr für Vater oder Mutter, ausreichende Kindergärten, Ganztagsschulen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Anerkennung der alleinstehenden Mütter,kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln und Recht auf kostenlosen ärztlichen Schwangerschaftsabbruch.

Auch der **OV Mannheim/Ludwigshafen** hat anläßlich einer ähnlichen Aktion in Mannheim ca. 5000 Flugblätter verteilt.

Ortsverband Darmstadt neu gegründet

Nachdem die Aktivität des ehemaligen Ortsverbandes Darmstadt seit langem eingeschlafen war, haben jetzt die Darmstädter Mitglieder am 9. Mai 1973 ihren Ortsverband erneut ins Leben gerufen. Es wurde ein kollektiver Ortsvorstand gewählt, dem angehören: Gerhard Fischer, Rechtsanwalt Hans Heinz Heimann, Friedrich Wilhelm Niemann, Bertold Rehm, Beate Sonsino, Cecil-Morris Sonsino, Marita Swyter.

Letztere wurde gleichzeitig zur Vorstandssprecherin bestimmt. Ihre Adresse ist: 61 Darmstadt, Schloßgartenstraße 51.

In der Arbeit des Ortsverbandes soll die Frage nach den Sozialisationsbedingungen für Kinder in unserer Gesellschaft und den diesbezüglichen notwendigen Reformen Priorität haben.

Neue Vorstände in Hanau und Mannheim

Auch der Ortsverband Hanau hat einen neuen Vorstand als Kollektivvorstand gewählt, dem angehören:

Gertrud und Peter Borchers, Kurt Skrdlant, Theodor Wendnagel und Vera Wendnagel. Die Adresse des Ortsverbandes ist die von Herrn Kurt Skrdlant, 6451 Bruchköbel, August-Bebel-Str. 18.

Der Ortsverband will in Zukunft regelmäßig am 1. Sonntag eines jeden Monats einen jour-fix für interessierte Mitglieder veranstalten.

Grundrechte für das Kind

Unter dem Titel „Grundrechte für das Kind oder Beginnt die Würde des Menschen erst mit 18?" veranstaltete der Ortsverband Stuttgart am 25. Mai eine große Forumsdiskussion zur Reform des Eltern- und Kindesrechts. Auf dem Podium diskutierten mit den Besuchern Dipl.-Psychologe Reinhard Czisch, Rechtsanwältin Emmy Diemer-Nicolaus, Rechtsanwalt Herrmann Dürr MdB, Rechtsanwalt Hans Heinz Heldmann, Regierungsdirektor Egon Müller-Caroli und Stadträtin Luise Schöffel vom Verband alleinstehender Mütter. Im Anschluß an die Veranstaltung sollten sich Arbeitsgruppen bilden, die eine Dokumentation über die Lebensbedingungen der Kinder in Baden-Württemberg zusammenstellen sollen. Ein Bericht über diese Veranstaltung konnte bei Redaktionsschluß dieser „Mitteilungen" noch nicht vorliegen.

Strafvollzug

Der Ortsverband Bremen veranstaltete am 3. Mai eine Podiumsdiskussion zum Thema „Strafvollzug heute – zwischen Reform und Tradition". Beteiligt waren der Anstaltsleiter der Strafanstalt Bremen, Erhard Hoffmann, der persönliche Referent des Justizsenators Horst Isola, Dr. Martin Bennhold von der Universität Bremen als Mitglied der Humanistischen Union und das Mitglied der Bremischen Bürgerschaft Peter Senft.

HU-Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Die im Vorjahr verschobene Aktion des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Frage der „Trennung von Kirche und Staat" soll nun im Herbst 1973 stattfinden. Sie wird von der Humanistischen Union in Zusammenarbeit mit den Deutschen Jungdemokraten und den Freireligiösen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Ein gemeinsamer Redaktionsausschuß wird bis zum Sommer eine Informationsbroschüre mit entsprechenden Forderungen und Argumenten und ein Flugblatt erarbeiten. Am 15. und 16. September soll in Dortmund dann ein Kongreß „Klerikalismus heute – die Kirchen im politischen System der Bundesrepublik" den Auftakt für die landesweite Aktion in Nordrhein-Westfalen bilden. Die Mitarbeit weiterer interessierter Mitglieder an der Abfassung der erwähnten Broschüre wird sehr begrüßt.

Am 26. 4. 73 fand in **Essen** eine gutbesuchte Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Belegschaft der Mannesmann AG, Werk Duisburg statt. Thema: Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet – die spontanen Streiks bei Mannesmann und Hoesch. Diskutiert wurde u. a.: der Versuch bei Mannesmann, die Arbeitseinkommen durch Rationalisierung und Arbeitsneubewertung zu senken, was den spontanen Streik auslöste; die offensichtlich arbeitgeberorientierte Haltung des Arbeitsdirektors; die sehr zögernde Haltung der IG-Metall-Vertreter; die erfolgreiche Abwehr von Einschüchterungsmaßnahmen der Werksleitung (Erlaß einstweiliger Verfügungen, Aussperrung, Androhung der Stillegung des Werkes u. ä.); die große Solidarität innerhalb der Belegschaft als Voraussetzung für die erfolgreiche Beendigung des Streiks. Die Teilnehmer bekundeten einhellig ihr großes Interesse an der Fortsetzung dieser oder ähnlicher Diskussionen in der nächsten Zukunft.

Der **Ortsverband Bielefeld** veranstaltete Mitte März eine Podiumsdiskussion zum Thema **„Ausländer in Bielefeld".** Teilnehmer waren drei Ausländer verschiedener Nationalität sowie Vertreter der für die Kommunalwahlen in Bielefeld kandidierenden Parteien. Die Versammlung war gut besucht und fand ein lebhaftes Echo in der Lokalpresse. Zur Sprache kamen Wohn-, Arbeits-, Erziehungsprobleme sowie Fragen der politischen Beschränkung und der rechtlichen Lage der Ausländer.

HU-Mitglied Vorsitzender des Anstalts-Beirats

Unser Mitglied in Mannheim, Herr Otto Kühn, aktiv in der Strafvollzugsarbeit, ist jetzt zum Vorsitzenden des Beirats der Vollzugsanstalt Mannheim gewählt worden.

Mitte März hat der Ortsverband einen neuen Vorstand gewählt, dem angehören: Dr. Frieda Eckrich, Sylvia Kühner, Diethard Seemann, Rolf Thüringer und Gertrud Ziehm. Die Adresse des Ortsverbands lautet: Diethard Seemann, 68 Mannheim 1, Lindenhofstr. 84.

Die Mitgliederversammlung hat außerdem beschlossen, den DK-Beschluß zur Rechtspolitik zur Grundlage der Arbeit des Ortsverbandes und seiner Arbeitskreise zu machen. Schließlich wurde eine Projektgruppe gebildet zum Thema „Kindesrecht gegen Elternrecht". Begonnen wurde mit der Erstellung einer Dokumentation zu diesem Thema. Welche Ortsverbände unterstützen den Arbeitskreis?

Gefangenen-Ausstellung in Karlsruhe

Der Ortsverband Karlsruhe zeigte im April die bereits von mehreren anderen Ortsverbänden der Öffentlichkeit vorgestellte Ausstellung „Kunst im Gefängnis". Die Ausstellung wurde zunächst der Presse in einer Konferenz vorgestellt und dann am 14. April eröffnet. Bei dieser Gelegenheit wurden noch einmal die Reformvorstellungen der Humanistischen Union zum Strafvollzug der Öffentlichkeit vorgetragen. Während der Ausstellungszeit wurde diese Problematik auf zwei weiteren öffentlichen Veranstaltungen behandelt. Auf einer Podiumsdiskussion nahmen u. a. zur Strafvollzugsreform Frau Birgitta Wolf und Rechtsanwalt Götz von Olenhusen Stellung. Auf einer weiteren Podiumsdiskussion wurde mit Vertretern der drei im Bundestag vertretenen Parteien die Frage der Strafrechtsreform diskutiert. Wegen des starken Besuchs (5000 Besucher) mußte die Ausstellung verlängert werden.

Bei dieser Gelegenheit wurden von Mitgliedern der Humanistischen Union rund 100 Bücher und Zeitschriften zur Erweiterung der örtlichen Anstaltsbücherei gesammelt. Als typisch wurden aber die Schwierigkeiten empfunden, diese Spende einer zuständigen Stelle übergeben zu können.

Planungen in Mainz/Wiesbaden

Der Ortsverband Mainz/Wiesbaden bereitet für den Herbst eine größere öffentliche Veranstaltung über die Gefahren der Kernspaltungsreaktoren und Probleme des neuen Immissionsschutzgesetzes vor. Ebenfalls für den Herbst will der Ortsverband mit Aktionen zur Frage der Strafrechtsreform an die Öffentlichkeit treten. Zu beiden Themenbereichen sollen beim Ortsverband auch Arbeitskreise gebildet werden. Interessenten für die Arbeitskreise melden sich beim Ortsverbandsvorsitzenden Ulrich Dymanski, 6229 Schlangenbad, Schöne Aussicht 16.

Bruno Balder

Der glaubenslose Christ

Eine kritische Auseinandersetzung mit der christlichen Ideologie

2. Auflage innerhalb weniger Monate!

Das Fazit dieses aggressiven Buches: Die christlichen Glaubenslehren sind logisch unhaltbar, die Kirchengeschichte ist die beste Schule des Atheismus, bei ihren Moralvorschriften – über Sex, Pille, Abtreibung, Ehescheidung, Euthanasie usw. – geht es der Kirche nicht um Moral und Menschlichkeit, sondern um die eigene Macht, und dennoch kann es ratsam sein, nicht offiziell aus der Kirche auszutreten.

Melzer Verlag, Darmstadt. 143 S., Leinen, DM 14,80

kann die rechtsphilosophische Auffassung vertreten werden, daß personales, menschliches Leben sich erst im Laufe des embryonalen Entwicklungsprozesses herausbildet. Diese Auffassung nimmt keine einheitliche Lebensqualität an, sondern vertritt die Theorie, daß biologisches Leben erst prozessual in personelles menschliches Leben umschlägt.

4. Keine der beiden Auffassungen kann unwiderlegbare empirisch-naturwissenschaftliche Argumente für sich in Anspruch nehmen. Sie erweisen sich letztlich beide als in Glaubensannahmen begründet. Der demokratische, zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtete Staat darf seine Gesetze aber nicht aus Glaubensgrundsätzen ableiten.

5. Die Fristenlösung ist unter dem Aspekt dieser Verpflichtung die einzige, demokratische Lösung. Sie überläßt es als einzige der Schwangeren innerhalb einer festgelegten Frist, sich nach **ihrer** Moralauffassung und **ihren** Glaubensgrundsätzen zu entscheiden. Unabhängig von ihren kriminologischen und rechtspolitischen Vorteilen respektiert sie somit als einzige das Verfassungsprinzip der Glaubensfreiheit."

Besonders starke Resonanz in der Presse fand ein Offener Brief der Humanistischen Union an die beiden Amtskirchen, in denen diese gefragt wurden, was sie angesichts ihrer moralischen Empörung über die angebliche Tötung ungeborenen Lebens gegen den auch in kirchlichen Heimen weit verbreiteten Säuglingshospitalismus tun. Unter Berufung auf die Kritik namhafter Wissenschaftler wurde darauf hingewiesen, „daß viele Kinder in den Heimen regelrecht schwachsinnig gemacht und dann als geistig behindert für Jahrzehnte der öffentlichen Sozialhilfe zugeführt werden." So nennt Prof. Pechstein aus Mainz die in den Heimen angerichteten Pflegeschäden ein gesellschaftliches Massenproblem, von dem mindestens 10.000 Kinder jährlich betroffen sind. Solange im Verantwortungsbereich auch der Kirchen täglich die seelische Verstümmelung kleiner Kinder möglich ist, klingen deren moralische Appelle zum Schutz sogenannten ungeborenen Lebens wenig glaubwürdig. Soeben wurde eine kurze Dokumentation der klerikalistischen Demagogie der Öffentlichkeit übergeben. Eine Widerlegung der zum Teil unwahren, zum Teil bewußt die Tatsachen verzerrenden Behauptungen im letzten katholischen Hirtenbrief ist in Arbeit. Der Landesverband Hessen hat zu diesem Hirtenbrief bereits unter anderem erklärt, daß „wer jeglichen Schwangerschaftsabbruch so radikal ablehne wie die katholischen Bischöfe, sich fragen lassen müsse, ob er jemals über das Schicksal der verzweifelten Mütter nachgedacht habe, die unter unwürdigsten Bedingungen beim Kurpfuscher behandelt worden seien. Offenbar sei es der katholischen Kirche auch gleichgültig, unter welchen miserablen Bedingungen oft genug ungewollte Kinder heranwachsen müßten.

Den dogmatischen Thesen der katholischen Kirche müsse man schließlich immer wieder entgegensetzen, daß es auch nach einer Reform des Paragraphen 218 jeder Frau unbenommen sei, aus Glaubensgründen eine Entscheidung im Sinne der Kirche zu treffen."

Auch die andern Landes- und Ortsverbände der Humanistischen Union haben sich in den letzten Wochen intensiv an den Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 beteiligt. Besonders hervorzuheben ist die Aktivität des Ortsverbandes Hannover, der an dieser Frage bereits seit langem besonders stark arbeitet. In einem Appell an den SPD-Parteitag in Hannover bat die Humanistische Union die Delegierten, „die Stellungnahmen (der Gegner der Fristenlösung) nicht überzubewerten, sich nicht an den Interessen und Vorstellungen der von Männern beherrschten ärztlichen Standesorganisation zu orientieren und die Entscheidung für die Fristenlösung noch einmal durch ein eindeutiges Votum zu bekräftigen, um so der SPD-Bundestagsfraktion den Rücken zu stärken."

Gegen die anläßlich des SPD-Parteitages stattgefundene Demonstration katholischer Verbände trat der Ortsverband Hannover zusammen mit anderen politischen Gruppierungen mit einer Flugblattaktion unter dem Motto „Mündige Frauen brauchen keinen katholischen Vormund" auf. 27.000 Flugblätter wurden am 11. und 12. April 1973 in der Hannoveraner Innenstadt verteilt. Die Humanistische Union übersandte diese Flugblätter auch dem auf dem Parteitag der SPD anwesenden Bundesjustizminister Jahn und schrieb ihm unter anderem: „Wir hoffen, Ihnen damit verdeutlicht zu haben, daß auch in Hannover die Befürworter der Fristenlösung ihren Kampf für eine wirksame Reform des § 218 StGB fortsetzen werden."

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat in einer Erklärung sich vor allem mit den Erklärungen der nordrhein-westfälischen Erzbischöfe von Köln, Münster und Paderborn auseinandergesetzt. Er erinnerte unter anderem daran, daß deren moraltheologisch-dogmatische Auffassungen nicht Grundlage staatlicher demokratischer Gesetzgebung sein können. In der nächsten Zeit wird sich der Landesverband besonders mit den SPD-Abgeordneten auseinandersetzen, die die erweiterte Indikationslösung befürworten.

Auf Initiative des Ortsverbandes Hanau der Humanistischen Union startete am Muttertag eine Frauenaktion „Fristenlösung." Auf Flugblättern wurde der „Muttertagswunsch gefordert, selbst zu bestimmen, wann eine Frau ein Kind haben will. Außerdem wurden flankierende Maßnahmen wie zum Beispiel kostenlose Verhütungsmittel gefordert, damit es gar nicht erst zur ungewollten Schwangerschaft kommt. Innerhalb von 4 Stunden wurden von der Aktion 722 Unterschriften für die Fristenlösung gesammelt, die an die Bundestagsabgeordneten weitergeleitet wurden.

DISKUSSION

Der Diskussionsbeitrag von Dr. Hans Lehmann, Frankfurt, (Mitteilungen Nr. 60) hat weitere Mitglieder zu Stellungnahmen angeregt. Irma Kramer aus Wedel schreibt:

„Den Ausführungen von Herrn Dr. Hans Lehmann, Frankfurt, möchte ich mich anschließen. Meine Mitgliedschaft bei der HU gründete sich vornehmlich auf die Realisierung der Trennung von Kirche und Staat. Diese Aufgabe ist m. E. zu sehr in den Hintergrund getreten, und sie ist inzwischen durch die erhöhte Aktivität der Kirchen dringlicher geworden. Es gibt wohl auch Mitglieder der HU, die christlich orientiert sind und die meinen, daß diese Trennung bereits bestünde, – was mir in einem Gespräch auch einmal gesagt wurde.

Ein Humanismus, der jedem Menschen „die Rechte der Persönlichkeitsentfaltung, der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit . . ." Szczesny) verschaffen will, muß zuerst die Beseitigung des Religionsunterrichts an den Schulen fordern, weil die Vorprägung der Kinder – wie allgemein bekannt – später schwer zu überwinden ist. Eine freie Persönlichkeitsentfaltung wird dadurch verhindert. Das Konkordat in Niedersachsen (1965) verhindert nicht nur die Schulreform, sondern bringt die Schulen zurück, denn der Religionsunterricht bleibt als Pflichtfach(!) in der Oberstufe der Gymnasien. Bei der ständigen Konferenz der Kultusminister hat sich der katholische Kardinal von München und der Ratsvorsitzende der EKD durchgesetzt. (Vgl. „Hannov. Allgem. Zeitung" vom 7. 7. 1972).

Die meist schweigende Mehrheit der nicht- oder halbgläubigen Kirchenmitglieder (die Aktiven und Redenden sind die Funktionäre) sollten durch die Trennung von Kirche und Staat zu einer klaren Entscheidung veranlaßt werden. Durch die noch bestehenden Beziehungen zwischen Staat und Kirche (Schule, Kirchensteuer, Lobby) wird ein gesellschaftliches Faktum einer allgemeinen Sanktionierung geschaffen, das der Wirklichkeit der Kirchen nicht entspricht, die nach eigenen Angaben nur 3–5% der Kirchenmitglieder zu den Gläubigen zählen.

Eine regere Aktivität der HU in dieser Richtung würde m. E. erweisen, daß das Kirchenvolk z. B. wegen der Änderung des § 218 nicht auf die Barrikaden gehen würde, – und ebenso nicht bei der im Grundgesetz vorgegebenen vollen Trennung von Kirche und Staat. Eine Ermutigung der jetzigen Regierung, in dieser Richtung weiterzukommen, kann nur durch entsprechende Aktionen der HU geschehen."

Auch Hans Plützer, München, plädiert für eine „Konzentration der Kräfte." In seinem Diskussionsbeitrag heißt es:

„Die HU verzettelt sich zu sehr. Es werden – gewiß in bester Absicht – zu viele Themen und zu viele Sachgebiete gleichzeitig aufgegriffen, Themen und Sachgebiete, für die es andere kompetentere Organisationen gibt. Die eigentlichen Absichten der HU aber, die zu ihrer Gründung führten und die ihr Resonanz in der Öffentlichkeit brachten, werden zu sehr vernachlässigt. Fazit: Konzentration der Kräfte der HU auf ihren eigentlichen Daseinszweck. Natürlich kann und soll sich die HU zu diesem und jenem Thema äußern, aber der Schwerpunkt liegt doch eindeutig fest, oder?"

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich,
für den Diskussionsteil Volker Hummel
Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30,
Telefon: 266035/36. , Redaktionsschluß 25. 5. 1973
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 15. 7. 1973

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.

Beilagen: Bestellkarte des PDA und bei einem Teil der Auflage ein Veranstaltungsprospekt des OV München.